

IV: EINFACHE UND BESSERE REGULIERUNGEN FÜR EINEN ZUKUNFTSFITEN STANDORT

Einleitung und Hintergrund

Bürokratische Belastungen stellen in einer Welt voller Umbrüche und globaler Herausforderungen eine wachsende Herausforderung für österreichische Unternehmen dar und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Eine Hochrechnung zeigt, dass Bürokratiekosten für Industrie und Wirtschaft in Österreich eine Größenordnung von 10 bis 15 Milliarden Euro erreichen – das entspricht bis zu 3,8 Prozent des BIP. Eine Studie des Economica-Instituts ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Unternehmen im Durchschnitt 2,5 Prozent ihrer Umsatzerlöse für die Einhaltung bürokratischer Vorschriften ausgeben. Diese Mittel fehlen für Investitionen und Innovationen. Um unseren Wirtschaftsstandort in der Rezession zukunftsfähig zu gestalten, müssen wir unseren Unternehmen wieder Luft zum Atmen geben. Der Innovationsgeist und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe dürfen nicht länger durch vollkommen unverhältnismäßige Bürokratie gebremst werden.

Angesichts dieser Belastungen weist die Industriellenvereinigung auf einige Maßnahmen hin, die rasch umzusetzen wären, um Unternehmen zu entlasten und den Bürokratiedschungel zu lichten.

Die Maßnahmen im Detail

Bilanzierung – doppelte Arbeit beenden

Problem:

Unternehmen müssen oft **zweifach bilanzieren**: nach österreichischem UGB und nach internationalen IFRS. Das bedeutet doppelten Aufwand – speziell für Tochterunternehmen in Konzernstrukturen.

Lösung:

Schaffen wir eine **freiwillige IFRS-Bilanzierung** als Alternative zum UGB-Abschluss. Die EU erlaubt das – Österreich muss es nur umsetzen. Das spart Zeit, Personal und Geld.

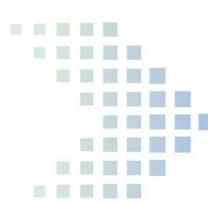
Arbeitsrecht – moderne Arbeitswelt braucht moderne Regeln

Problem:

Internationale Mitarbeiterereinsätze sind ein bürokratischer Kraftakt: Zwei Lohnverrechnungen, Shadow Payrolls, doppelte Zeiterfassung – teuer und ineffizient. Auch die **starre Arbeitszeitdokumentation** ist nicht mehr zeitgemäß.

Lösungen:

- **Erleichterungen bei grenzüberschreitenden Einsätzen**, besonders für Kurzaufenthalte
- **Stärkung der Vertrauensarbeitszeit**: Statt minutengenauer Erfassung genügt die Dokumentation der Gesamtarbeitszeit.



- **Entbürokratisierung im Lohn- und Sozialdumpinggesetz** durch Vereinfachung der Administration und Dokumentation: Zum Beispiel Ausnahme für kurze Dienstreisen, Vereinheitlichung der Meldung für Entsendung und Überlassung

Steuerrecht – entlasten statt belasten

Problem:

Die **Mindest-Körperschaftsteuer** belastet Unternehmen auch in Verlustjahren – und das neue **Mindestbesteuerungsgesetz** führt zu enormem Zusatzaufwand, etwa durch separate IFRS-Einzelabschlüsse.

Lösungen:

- Abschaffung der **Mindest-KöSt** zur administrativen Entlastung
- **Dauerhafte Safe-Harbour-Regelungen** im Mindestbesteuerungsgesetz, um unnötige Bürokratie zu vermeiden.

Vergaberecht – Gold Plating beenden

Problem:

Unternehmen müssen bei **Ausschreibungen nicht nur für jeden Geschäftsführer, sondern auch für jeden Prokuristen** ihres Unternehmens und jedes Subunternehmens einen aktuellen Strafregisterauszug vorlegen – große Unternehmen haben oftmals Prokuristen im dreistelligen Bereich. Sind nun von all diesen Strafregisterauszüge vorzulegen, ist dies **für den Anbieter ein enormer Aufwand. Genauso belastend wäre dies aber auch für den Auftraggeber**, da dieser die Auszüge auch zu kontrollieren hat. Das ist unverhältnismäßig und schafft einen unnötigen bürokratischen Aufwand.

Lösung:

Zur Vermeidung eines großen administrativen Mehraufwands – sowohl auf Bieter- als auch auf Auftraggeberseite – sollte die Regelung dahingehend präzisiert werden, dass sie sich nur auf Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder (und nicht auch auf Prokuristen) bezieht.

Berichtspflichten – Einheit statt Fleckerlteppich

Problem:

Unterschiedliche nationale Vorschriften führen zu einem **Berichtschaos**. Nachhaltigkeitsberichte müssen in mehreren Sprachen erstellt werden, Plattformen sind nicht verbunden und viele Daten müssen mehrfach eingetragen werden – obwohl sie längst registriert sind.

Lösungen:

- **Englisch oder Landessprache** als Standard für Berichte
- **EU-weite Harmonisierung der Berichtsformate**
- **Digitale Schnittstellen & automatisierte Datenübernahme** aus bestehenden Registern
- **Einheitlicher Fragebogen** im Unternehmensserviceportal (USP)



Verpackungsrecht – Bürokratie mit Nebenwirkungen

Problem:

Kleine ausländische Hersteller sollen eine **notariell beglaubigte Vollmacht** zur Registrierung einreichen. Das schreckt ab – und gefährdet die Fairness für österreichische Unternehmen.

Lösungen:

- Statt der notariell beglaubigten Vollmacht genügt **eine schriftliche Vollmacht**.
- **Streichung unnötiger Mengenausweisungen**, die innerbetrieblich keinen Zweck erfüllen.

Bürokratie abbauen – mehr Qualität im Unterricht

Problem:

Lehrkräfte verbringen zu viel Zeit mit Verwaltung und Bürokratie statt mit Bildung. Dokumentationspflichten, uneinheitliche Systeme und organisatorische Aufgaben führen zu Überlastung und Frust – auf Kosten der Unterrichtsqualität.

Lösungen:

- **Bildungsdirektionen effizienter machen:** Klare Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden; einheitliche Standards und mehr Serviceorientierung und Unterstützung für Schulen
- **Reduktion der Dokumentationspflichten:** Aufwendige Berichtspflichten oder zeitraubende Verwaltungstätigkeiten streichen; Schulautonomie bei Personalentscheidungen stärken; 1.000 zusätzliche Verwaltungskräfte

Öffentliche Beschaffung – innovative Lösungen fördern

Problem:

Innovative Produkte und Lösungen im Rahmen von öffentlichen Beschaffungen vorzusehen, ist derzeit nur schwer und umständlich möglich und wird nur wenig genutzt. Dabei hätte dies deutlich positive Effekte – ein stärkerer innovationsorientierter Einkauf der öffentlichen Hand würde Unternehmen dazu anregen, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln.

Lösung:

Vereinfachungen im Vergabegesetz für öffentliche Auftraggeber bei der Umsetzung von Innovationsbeschaffungen: positive Effekte für Anbieter und Nachfrager; Beitrag zu Wertschöpfung, Standortattraktivität und Modernisierung im öffentlichen Sektor

Weitere Beispiele sinnloser Regulierungen, die in der Praxis keinen Mehrwert bringen und unnötig belasten

- **Abfallnummern:** EU-weit harmonisiert – nur Österreich verwendet eigene.
Lösung: Angleichung an EU-Standards
- **KYC (Know Your Customer)-Prüfungen durch Banken:** Jeder Registereintrag muss seitens der Banken aufgrund von geldwäscherechtlicher Anforderungen im



Wirtschaftliche Eigentümer Register (WiERe) erneut geprüft werden. Banken dürfen sich aber nicht ausschließlich auf diese Daten verlassen und müssen von ihren Kunden zusätzliche Informationen anfordern.

Lösung: FMA-Standard für Banken zur Reduktion doppelter Prüfungen

- **Verwaltungsverfahren:** Genehmigungen für Betriebsanlagen oder Bauverfahren müssen analog, mehrfach, gedruckt eingereicht werden.

Lösung: Digitale Einreichung und bundesweit harmonisierte Bauordnung

- **Übersetzungen ins Deutsche** bei Betriebsprüfungen

Lösung: Englisch als akzeptierte Geschäftssprache anerkennen.

- **Rechtsgeschäftsgebühren** führen zu Rechtsunsicherheit und administrativem Aufwand.

Lösung: ersatzlose Streichung

